

Spanien und die Eurokrise

Immobilientumor

Noch vor wenigen Jahren galt Spaniens Wirtschaft als kerngesund und vorbildlich, doch inzwischen steckt sie in einer tiefen Krise. Wie kam es dazu? Inwieweit ist die Einführung des Euro an diesem Niedergang schuld? Oder hat er andere Ursachen? Ein Aalener Wirtschaftswissenschaftler gibt auf diese Fragen erhellende Antworten, die vom wirtschaftspolitischen Mainstream abweichen.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, nach Griechenland ist nun Spanien das wohl größte Sorgenkind in der Eurozone. Warum?

Prof. Christian Kreiß: Mit einer Arbeitslosenquote von über 25 % und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 % ist es nun schon seit einigen Jahren trauriger Rekordhalter im Euroraum. Auch das Staatsdefizit ist erschreckend hoch und die spanischen Banken wackeln stärker als jene in den meisten anderen Euroländern.

Wie kam es dazu?

Noch 2009 galt Spanien wegen seines niedrigen Staatsdefizits und seiner strengen Bankenaufsicht als Musterschüler und Vorbild. Der Hauptgrund für den rasanten Abschwung liegt jedoch am übermäßigen Aufschwung der 10 bis 15 Jahre bis 2007, der maßgeblich durch den Beitritt zum Euro 1999 ausgelöst wurde. Die Übertreibungen werden nun schmerzlich abgebaut.

Woher kam der starke Aufschwung?

Die Aussicht auf den Eurobeitritt ließ in Spanien seit 1993 die Zinsen dramatisch sinken: Die kurzfristigen Zinsen sanken von über 14 % auf teilweise nur noch 2 %. Ökonomisch wirksam war der Euro bereits seit 1995, als die Einführung des Euros unmissver-

ständiglich beschlossen wurde und damit de facto die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse erfolgte. Stellt man den niedrigen Zinsen die Inflationsraten gegenüber, so zeigt sich, dass Spanien von 1995 bis 2009 mit einer kumulierten Inflationsrate von 57 % weit über der des Euroraums von 28 % und insbesondere der deutschen von 12 % lag.

Der Hauptgrund für den rasanten Abschwung liegt im übermäßigen Aufschwung, der durch den Beitritt zum Euro ausgelöst wurde.

Je höher die Inflationsrate, desto niedriger der Realzins. Spanien hatte 14 Jahre lang deutlich niedrigere Realzinsen als die meisten Euroländer. Deutschland hatte die höchsten Realzinsen zu bezahlen, was zu geringen Investitionen, schwachem Wirtschaftswachstum, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen führte. Die deutsche Volkswirtschaft war von 1995 bis 2005 die größte Verliererin der Euroeinführung. Spanien hatte die gegenteilige Entwicklung. Weil Kredite so billig waren, wurden plötzlich in nie gekanntem Ausmaß Häuser gebaut – mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen, dabei war deren Wirtschaftskraft

etwa 6-mal so groß und die Bevölkerung mehr als 4-mal so groß wie die Spaniens.

Eine Überproduktion?

Ja, es wurden sehr viel mehr Häuser gebaut als gebraucht wurden. Heute stehen knapp 2 Mio. Wohnungen in Spanien leer. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen lag allein zwischen 2003 und

2006 um etwa 1,2 Mio. höher als die potenzielle Nachfrage. Aber zunächst einmal schien das ökonomisch gesehen eine großartige Sache für das ganze Land zu sein: Die boomende Bauwirtschaft sorgte für ein hohes Wirtschaftswachstum, die Löhne stiegen und die Arbeitslosigkeit fiel von etwa 20 % Anfang der 1990er-Jahre auf 8 % im Jahr 2007. Doch das starke Wachstum kam größtenteils aus Kapitalzuflüssen aus dem Ausland. Es entstand ein Leistungsbilanzdefizit, das immer größer wurde. Eine durchschnittliche spanische Familie, die z.B. 1.000 Euro Einnahmen pro Monat hatte, gab 1.100 Euro pro Monat aus. Die Differenz



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Im März 2013 wurde die von ihm mitverfasste Studie „Geplante Obsoleszenz“ im Deutschen Bundestag vorgestellt. Im Juli 2013 erschien sein Buch „Profitwahn – Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt“.

www.menschengerechtere-wirtschaft.de

kam von Krediten aus dem Ausland. Entsprechend stark stieg die Verschuldung der spanischen Privathaushalte von etwa 50 % des verfügbaren Jahreseinkommens im Jahr 1995 auf etwa 130 % im Jahr 2006. Das kann nur so lange gut gehen, bis der Schuldenberg, der angehäuft wird, so groß ist, dass die Zinslast daraus kaum mehr zu bedienen ist und die Kreditgeber deshalb nicht mehr mitmachen. Dies geschah ab Sommer 2007 mit der einsetzenden internationalen Finanzkrise.

Und das sah niemand voraus?

Die Politik wollte es nicht wahrhaben und sah weg, solange es ging. Aber man kann ihr nicht die Alleinschuld geben. Die große

fundamentale Fehlprognosen – auch in Deutschland. Doch bislang gab es keine Konsequenzen. Trotz völlig inkompetenter Aussagen wurde keinem Professor der Volks-

Weil Kredite so billig waren, wurden in nie gekanntem Ausmaß Häuser gebaut – mehr als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.

Mehrheit der wissenschaftlichen Mainstream-Ökonomen und viele Bank-Analysten lieferten ihr grundlegend falsche Analysen und Theorien: Sie waren in der Einschätzung der Situation blind und machten

wirtschaftslehre oder etwa einem der „Fünf Weisen“ ein Rücktritt oder eine Umschulung nahegelegt. Was würde man mit einem Mathematik-Lehrer machen, bei dem sich herausstellt, dass seine Rechnungen



Menschenleere Geisterstadt in Spanien – Ausschnitt aus dem Film „Staatsgeheimnis Bankenrettung“, ausgezeichnet mit dem Deutschen Fernsehpreis 2013 für die beste Reportage: <http://future.arte.tv/de/thema/bankenrettung-wo-er-profitiert>

während der letzten drei Jahre fast alle falsch waren und er die Schüler auf falsche Wege geführt hat?

Sie sagen „fast“. Wer sah es denn voraus?

Außenseiter wie Helmut Creutz haben seit Langem auf Denkfehler der gängigen Volkswirtschaftslehre und strukturelle Fehlentwicklungen im Ökonomiesystem hingewiesen, wurden und werden jedoch von den sich recht hochmütig verhaltenden Anhängern der gängigen Ökonomielehre nicht ernst genommen. Solange die von ihm und anderen angesprochenen Denk- und daher auch Konstruktionsfehler nicht grundlegend angegangen werden, ist keine nachhaltige Lösung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten.

Warum werden kritische Stimmen nicht wahrgenommen?

Wenn es so gut läuft, ist es einfach zu schön, als dass man kritisch nachfragen wollte. Alle freuen sich: die spanischen Häuslebauer, die spanischen Nicht-mehr-Arbeitslosen, die Regierung, deren Steuereinnahmen sprudeln, aber auch die Kreditgeber im Ausland.

Ist das Kernproblem Spaniens also die hohe Verschuldung?

Es ist vor allem die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Die Löhne stiegen im letzten Jahrzehnt viel stärker als die Produktivität der arbeitenden Bevölkerung. Dadurch nahmen die Lohnstückkosten weit stärker zu als in den meisten anderen Ländern der Eurozone. Das führte dazu, dass die in Spanien hergestellten Güter und Dienstleistungen im Vergleich mit den anderen Euroländern immer teurer wurden und kaum mehr verkaufbar waren. So kam das hohe Leistungsbilanzdefizit zustande: Spanien wurde wegen seiner im Vergleich zu anderen Euroländern zu hohen



Foto: luppo/pixelfo.de

Lohnstückkosten immer weniger wettbewerbsfähig, konnte immer weniger exportieren und musste immer mehr importieren – auf Kredit aus dem Ausland. Die eigene Produktivität, die eigene Wirtschaftskraft reichte für den üblich gewordenen Lebensstandard nicht aus. Das trifft übrigens auch auf eine Reihe anderer Euroländer zu: auf Griechenland, Portugal, Irland und Italien.

Wie hängt das mit dem Euro zusammen?

Ohne Euro hätte die spanische Notenbank in der Zeit vor 2007

die extrem niedrigen Zinsen die Zügel schießen und so haben sich die krebstartigen Wucherungen in der Ökonomie gebildet. Man hat den Rausch genossen und ständig weiter verstärkt, statt zu bremsen oder aufzuwachen, und lebte in der Illusion ständig wachsenden Wohllebens.

Wie wird es weitergehen?

Der Bereinigungsprozess ist noch nicht abgeschlossen. Die Kreditausfälle befinden sich weiterhin auf hohem Niveau. Aufgrund viel zu vieler leer stehender Wohn- und Gewerbebauten wird es auch in Zukunft erhebliche Kreditausfälle

Spanien konnte wegen seiner hohen Lohnstückkosten immer weniger exportieren und musste immer mehr importieren – auf Kredit.

die Zinsen anheben und damit die Überhitzung am Immobilienmarkt und in der gesamten Wirtschaft stoppen können. Bei Einsetzen der Krise hätte sich die Peseta abwerten können, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war. Durch eine solche Abwertung wären die spanischen Produkte im Ausland wieder preislich wettbewerbsfähig geworden. Stattdessen ließ man der Entwicklung ungebremst und verantwortungslos viel zu lange über

geben, was die Neukreditvergabe der Banken und damit potenzielles Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren hemmen wird. Die Wirtschaftskrise in Spanien dürfte daher noch einige Jahre anhalten – mit hoch bleibender oder ansteigender Arbeitslosigkeit und vermutlich starken sozialen Unruhen. Da die Löhne im Vergleich zu anderen Euroländern um etwa 20 bis 30% zu hoch sind, müssen sie um diesen Betrag sinken, damit Spani-

en wieder wettbewerbsfähig wird. Während dieses Prozesses sinkender Löhne wird die Kaufkraft im Land zurückgehen und damit die Inlandsnachfrage für die spanische Volkswirtschaft fehlen.

Wäre es für Spanien besser, aus dem Euro auszutreten?

Das ist schwer zu sagen. Eine Inanspruchnahme des finanziellen „Rettungsschirms“ der Euroländer und des IWF würde keine Probleme lösen, sondern bestenfalls Zeit für den Anpassungsprozess verschaffen, denn dieses Geld kommt vor allem den vermögenden Haushalten im In- und Ausland zugute und nur zum geringsten Teil der

ebenfalls eine Staatsschulden- und Bankenkrise.

Hat der Euro eine Zukunft? Hat Europa eine Zukunft?

Es dürften die nächsten zehn Jahre unruhige Zeiten ins Haus stehen. Die falschen Anreizsysteme durch die falsche Zinsstruktur zwischen den beteiligten Ländern, die der Euro gebracht hat – über seine Verhältnisse leben in den Peripherieländern, starke Lohnzurückhaltung in Deutschland –, haben allen geschadet. In den kommenden Jahren dürften starke Nationalismen aufleben und Kontinentaleuropa schwächer und uneiniger dastehen als zuvor. Die kommende Wirt-

Der „Rettungsschirm“ der Euroländer und des IWF kommt vor allem den vermögenden Haushalten im In- und Ausland zugute.

spanischen Volkswirtschaft und Bevölkerung. Angesichts der bevorstehenden schmerzhaften und langwierigen Anpassungskrise mit schwacher Wirtschaftsentwicklung, hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Spannungen könnten spanische Politiker daher tatsächlich versucht sein, einen weniger schmerzhaften Weg zu gehen: den Austritt aus dem Euro und die Wiedereinführung der Peseta. Eine Währungsabschwächung könnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft sofort wiederherstellen, dadurch die Exporte fördern und Importe durch mehr heimische Produktion ersetzen. Allerdings wäre der Preis hoch: steigende Inflation sowie eine Staatsschulden- und Bankenkrise. Die Alternative bei einem Verbleib im Euroraum: jahrelange wirtschaftliche Stagnation oder Schrumpfung, weiter hohe oder steigende Arbeitslosigkeit und

schafts- und Sozialkrise dürfte große soziale und politische Unruhen hervorrufen – falls nicht an die Wurzel gehende Maßnahmen ergriffen werden.

Was für Maßnahmen schlagen Sie vor?

Das eigentliche Problem ist die starke Ungleichverteilung. Mit dem Zurückgehen der Einkommen sinkt die Nachfrage. Das Geld wird derzeit nicht ausgegeben, es zirkuliert nicht, sondern gerinnt an der Spitze der Einkommens- bzw. Vermögenspyramide. Würde man jetzt Vermögenssteuern und umlaufgesichertes Parallel-Geld einführen, dürften sich die Konjunkturprobleme in Spanien und auch in Griechenland – ähnlich wie 1932 bis 1933 in Wörgl – sehr schnell lösen.

Wie hoch sollte die Vermögenssteuer sein?

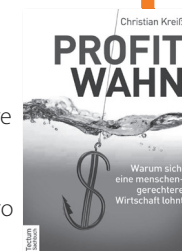
Eine Vermögenssteuer auf Großbesitz an Grund und Boden

BUCHTIPP

Christian Kreiß

Profitwahn

Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt
Tectum, Juli 2013
200 Seiten, 17,95 Euro
978-3-8288-3159-9



inklusive Immobilien sowie Unternehmenseigentum von 3% des aktuellen Marktwerts – nach Abzug eines Freibetrags von beispielsweise 500.000 Euro, um Kleinbesitzer zu schonen – würde erhebliche Finanzströme in die öffentlichen Kassen lenken. Das Staatsdefizit könnte deutlich sinken und es würden sich politische Handlungsspielräume eröffnen, um die Konjunktur zu stärken. Das Argument der Steuerflucht zieht bei Immobilienbesitz nicht: Boden kann nicht in Steueroasen fliehen. Was das Eigentum an Unternehmen angeht, könnte man eine Quellensteuer auf Aktien- und Anteilsbesitz, die direkt bei den im Lande befindlichen Unternehmen ansetzt, andenken. Dadurch könnte man Steuerflucht ebenfalls weitgehend ausschalten.

Wie hängt die Vermögenssteuer mit der Konjunktur zusammen?

Zum einen würde das Horten von Vermögen unattraktiver, zum anderen könnte der Staat die Abgaben und Steuern auf Arbeit senken, wodurch wiederum die Lohnkosten sinken und die Wettbewerbsfähigkeit steigen würde. Im Gegenzug müssten aber in Deutschland in den kommenden Jahren die Löhne und die Preise stärker steigen als in den anderen Ländern der Eurozone.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■